

Danziger



Zeitung.

Nr. 18445.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Rotherhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3,50 Mk., durch die Post bezogen 3,75 Mk. — Inserate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pfg. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inserationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1890.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Wien, 15. Aug. (W. Z.) Der Kaiser ist gestern Abend 10 Uhr auf der Hofbahn „Hohenasperl“ nach Petersburg abgefahren. Die von Prinz Heinrich befehligte Corvette „Trene“ folgte.

Wien, 15. Aug. (Privattelegramm.) Die heutigen Morgenzeitungen legen der gestrigen weitläufigen Unterredung des Königs von Rumänien mit dem Minister Ratiu eine große politische Bedeutung bei.

Amsterdam, 15. Aug. (Privattelegramm.) Heute circuliren über das Befinden des Königs beunruhigende Gerüchte.

Straz, 15. Aug. (Privattelegramm.) Wegen Ueberschwemmung ist der Verkehr in verschiedenen Gegenden Oberstermark vollständig ins Stocken gerathen. Wegen der Unmöglichkeit, Kohlen zuzuführen, haben viele Werke den Betrieb eingestellt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 15. August.

Die allgemeine Volkszählung am 1. December.

Wie wir schon vor einigen Tagen melden konnten, sind bereits Anordnungen zur Durchführung der für den 1. December d. J. in Ausführung genommenen allgemeinen Volkszählung im deutschen Reich preussischerseits getroffen worden. Soeben hat nun, wie in unseren heutigen Morgen-Depeschen bereits erwähnt ist, der „Reichsanz.“ eine darauf bezügliche Verfügung des Ministers des Innern an die Regierungspräsidenten veröffentlicht. Auf Grund der bei der Zählung zur Verwendung kommenden Formulare und Anweisungen sollen namentlich die Regierungspräsidenten Verfügungen an die Kreisbehörden ergehen lassen. Dabei hat der Minister noch einige Erläuterungen gegeben. Danach werden, um den Kreisbehörden vor der Vollendung der Aufbereitung und Veröffentlichung der Zählungsergebnisse durch das königliche statistische Bureau einige Kenntniss des Ergebnisses zu verschaffen, wie dies schon in den Jahren 1880 und 1885 geschehen ist, doppelte Exemplare von Zähler-Controllisten vorgelegt, damit das eine von den Zählern als Concept benutzt und später von der Kreisbehörde zurückbehalten werden, die Reinschrift aber alsbald an das kgl. statistische Bureau gelangen kann. Vom kgl. statistischen Bureau wird auch dieses Mal dafür Sorge getroffen werden, daß möglichst bald nach der Zählung den Vorständen aller Gemeinden mit 2000 und mehr Einwohnern und den Kreisbehörden handschriftliche Uebersichten des endgültigen Hauptergebnisses der Zählung zugeestellt werden, ohne daß es eines weiteren Antrages bedarf. Einer auf die Volkszählung bezüglichen Ansprache an die Bevölkerung ist nicht nur durch Abdruck in dem Amtsblatt und den Kreisblättern, sondern auch durch Vorlesen in den Gemeindeversammlungen, Besprechung in den Schulen und auf andere geeignete Weise die größtmögliche Verbreitung zu geben. Namentlich wird hierbei der unter der Bevölkerung noch immer vertretenen irrthümlichen Annahme entgegenzutreten sein, daß die Volkszählung zu irgend welchen steuerlichen Zwecken erfolge. Es darf erwartet werden, daß auch für die Volkszählung am 1. December d. J. sich Personen in genügender Anzahl finden werden, welche das Amt eines Zählers als Ehrenamt zu übernehmen bereit sind. Die Ausführung der Volkszählung innerhalb der einzelnen Gemeinden und Gutsbezirke ist die Sache der letzteren, und sind dieselben verpflichtet, die durch die Annahme von Zählern etwa entstehenden Kosten zu übernehmen. Remunerationen an Zähler, welche zur unentgeltlichen Uebernahme dieses Ehrenamts nicht bereit sind, können weder aus der Reichskasse noch aus der Landeskasse beantragt werden. Darüber, inwieweit besonders bedrängten Gemeinden ausnahmsweise aus dem Volkszählungsfonds eine Beihilfe zu dem vorbedachten Zweck in Aussicht gestellt werden kann, behält sich der Minister eine besondere Verfügung vor.

Der Streit der Jungen gegen die Alten
Im Lager der Socialdemokraten dauert mit unverminderter Heftigkeit fort und es ist noch kein Ende desselben abzusehen. Die „Jungen“ sehen ihre Angriffe gegen die „Alten“ energisch fort. Es ist kein entscheidender Sieg gewesen, den am vergangenen Sonntag in Dresden der alte Führer Bebel über die rebellische „Sächsischen Arbeiterzeitung“ erkämpft hat. Derselbe denkt gar nicht daran, Ruhe zu halten, wie ihr geheissen war, sondern beharrt tapfer auf ihrem Sonderstandpunkte. In ihrer letzten Nummer übergeht sie die Beschlüsse, die auf der in Folge künftiger Sitzung zu Stande gekommenen Versammlung gefaßt wurden, mit Stillschweigen. Dafür drückt sie eine lange Polemik der „Magdeb. Volksstimme“ ab und wendet sich dann selbst mit folgenden Worten gegen Bebel:

Es ist Thatsache, daß taktische und als Ausfluß derselben persönliche Differenzen in der Partei existiren. Wenn die taktischen Differenzen noch nicht so sehr in den Vordergrund getreten sind, so ist dies wohl dem Umstande zuzuschreiben, daß erstens der Parteitag nahe bevorsteht, von dem allseitig ein Ausgleich der vorhandenen Differenzen erwartet wird, und daß zweitens in ganz ungerechtfertigter und unsern Grundsätzen thörichte Weise alle Differenzen auf kleinlichen Reib, unbefriedigten Ehrgeiz und auf Demagogie (Worte Bebel's) zurückgeführt, dadurch die eigentlichen, die wahren Ursachen verschleiert werden, und allen Auseinandersetzungen zum Schaden der Partei der Stempel persönlicher Gefälligkeit aufgedrückt wird. Es zeugt von

einer bedauerlichen Kurzsichtigkeit, in den vorhandenen Differenzen nichts anderes als Nörgeleien erblicken zu können. Wenn Herr Bebel die „Sächs. Arbeiter-Zeitung“ beschuldigt, am meisten genörgelt, mehr oder weniger versteckte Angriffe gegen die Fraction geschleudert zu haben, so ist er uns bis jetzt kein Beweis dafür schuldig geblieben. Wir haben rückhaltlos gesagt, was wir zu sagen für richtig fanden. Wir haben dabei nicht nur die heftigsten Angriffe der Gegner erfahren, sondern wir mußten auch erleben, daß sich einzelne Genossen gegen uns wendeten, weil wir angeblich der gegnerischen Presse Stoff zur Bekämpfung der Socialdemokratie lieferten. Nun, wenn wir aufhören wollen, der gegnerischen Presse Stoff zur Bekämpfung der Socialdemokratie zu liefern, dann werden wir wohl aufhören müssen, Socialdemokraten zu sein. Insbesondere war es unsere Auffassung über die nach der Wahl zu beobachtende Taktik, welche das Aergerniß eines unserer Parlamentarier erregte und uns eine Reihe unwürdiger Angriffe von Seiten desselben einbrachte. Ferner war es unsere Haltung zur Feier des 1. Mai, welche das Aergerniß der Fraction hervorrief. Erhöhen wir uns in dieser Frage in völliger Uebereinstimmung mit den Beschlüssen fast der gesammten sächsischen Arbeiterpartei, haben die Herren Bebel und Singer versucht, sich in die Leitung der „Sächsischen Arbeiter-Ztg.“ zu mischen, um eine Aenderung der Redaction herbeizuführen. Daß dieser Versuch mißglückte, lag an ihrer Unkenntnis der redactionellen Verhältnisse unseres Blattes. Wir nehmen von dem, was wir jetzt und früher gesagt haben, kein Wort zurück. Wir halten unsere Behauptungen, als der Wahrheit entsprechend, voll aufrecht und werden dem Wunsche des Herrn Bebel gemäß auf dem Parteitage die Beweise für unsere Behauptungen beibringen.

Noch entschiedener treten die jüngeren Elemente in Berlin gegen die alten Führer auf. Der gestern erwähnten Versammlung der Socialdemokraten des 6. Berliner Wahlkreises, in welcher Herr Bebel so übel mitgespielt wurde, ist eine socialistische Versammlung in Friedenau bei Berlin gefolgt, die gleichfalls ihre Spitze gegen die Abgeordneten Bebel und Liebknecht richtete. Als Redner traten hier besonders der Genosse Werner, Vorsitzender der Berliner Localcommission, Verleger der Berliner „Volksstimme“ und Reichstagscandidat im Teltower Kreise, auf, indem er u. a. ausführte:

Unter dem Socialistengefetz habe die Fraction eine Diktatur in die Hand bekommen. „Wir achten und ehren Bebel und Liebknecht, wollen aber keinen Bösen auf den Thron setzen lassen.“ Der allgemeine Volkswille müsse respectirt werden. Bebel sei überreist und deshalb zu erregt. Es handle sich nicht um eine Spaltung der Partei, sondern nur um Befreiung des Socialismus. Meinungsverschiedenheiten beim Programm würden sich nur hinsichtlich der Productivgenossenschaften und des religiösen Bekenntnisses geltend machen. Wenn aber auf dem Parteitag die Jahre lang Ausgewiesenen erschienen, würden solche Behimmungen mit denselben stattfinden, daß die ganze Organisation darüber vergehen werden könnte. Nicht Bebel, sondern ein anderes Fractionenmitglied müsse auf dem Parteitage den Bericht über die Parteileitung erstatten. Correspondenten seien aus der Reihe der Delegirten weder für diesen Bericht, noch für die Verhandlung über die Parteipresse bestellt. Redner verlangt eine Vertretung auf dem Parteitage nach Maßgabe der abgegebenen socialistischen Stimmen. Nicht der Parteivorstand, sondern eine Commission müsse die Gehälter der Vorstandmitglieder bestimmen. Wenn die Fraction die Kontrolle über die Parteileitung überhöre, habe Opposition auf. Niemals habe die Partei mehr Streitigkeiten erlebt, als in den letzten Jahren durch Parteigänge. Die Parteipresse müsse deshalb unabhängig bleiben.

Die Rede fand Beifall. „wells allerdings auch Widerspruch.“ Eine Discussion fand nicht statt, weil es inzwischen 11 Uhr geworden und der Wirth nur so lange das Lokal geöffnet halten durfte.

Jedenfalls tritt es immer deutlicher zu Tage, daß in Berlin wenigstens zur Zeit der Einfluß dieser jungen Kräfte überwiegt, und daß es für die alten Führer großer Anstrengungen bedürfen wird, um das verlorene Terrain hier wieder zu gewinnen.

Was wird aus Dr. Peters?

Angesichts der in diesen Tagen zu erwartenden Rückkehr des Dr. Peters von seiner ostafrikanischen Expedition wird in colonialpolitischen Kreisen die Frage, was nun mit ihm geschehen soll, immer lebhafter erörtert. Zu der Nachricht, daß Dr. Peters in den Reichsdienst übernommen und mit Führung einer ähnlichen Expedition wie Emin Pascha betraut werden solle, wird der „Weser-Zeitung“ aus Berlin geschrieben, daß in der That bei gewissen einflussreichen Persönlichkeiten eine bezügliche Absicht bestand und bestünde. Man hat einmal davor Angst, daß Peters, wenn er beschäftigungslos in Berlin verweile, seine nicht zu leugnenden agitatorischen Fähigkeiten dazu verwenden könnte, der amtlichen Colonialpolitik Ungelegenheiten aller Art zu bereiten, und dann hat es der Genannte auch verstanden, sich eine Anzahl vielmächtiger Freunde zu erwerben. Diese Herren, an deren Spitze sonderbarer Weise der Oberpräsident v. Bennigsen steht, werden nicht müde, die „Genialität, rücksichtslos Energie und die Leistungen“ des Dr. Peters zu rühmen und zu bewundern. Sie haben es denn angeblich auch durchgesehen, daß der Vorsitzende der Berliner geographischen Gesellschaft, Professor v. Richthofen, der von jeher persönlich zu den Anhängern des Dr. Peters gehörte, sich entschlossen hat, den Rückkehrenden von Seiten der Gesellschaft feiern zu lassen. Die große Mehrzahl der Berliner Geographen und der wissenschaftlichen Kreise, welche in der geographischen Gesellschaft vertreten sind, hat von jeher den Colonialphantasien und den Thaten der Ostafrikaner sehr kühl, ja sogar ablehnend gegenüber gestanden. Wenn jetzt durch den Einfluß des derzeitigen Vorsitzenden die Gesellschaft veranlaßt wird, dem Dr. Peters eine Huldbildung darzubringen, so ist das ein nicht geringer Triumph seiner Freunde. Es ist kein Zweifel, daß durch

ihren Einfluß auch eine Versöhnung desselben mit den früher ihm sehr abholden amtlichen Kreisen herbeigeführt werden wird, die sich jetzt auch leichter als früher bewerkstelligen läßt, da Geheimrath Krauel und Fürst Bismarck nicht mehr mitzusprechen haben. Indessen ist es für denjenigen, der den Charakter des Dr. Peters kennt, doch mehr als zweifelhaft, daß er auf Anerbietungen wie die obigen eingehen und sich zu einer bescheidenen Beamtenstellung bequemen wird. Stille, unbeachtete Arbeit ist sein Fall nie gewesen und er würde jetzt nach all' dem Cultus, den er Jahre lang von seinen Freunden genossen hat, dazu natürlich noch viel weniger geeignet und geneigt sein. Andererseits aber fürchten auch seine eifrigen Anhänger seine erneute dauernde Anwesenheit in Deutschland und wünschen seine agitatorische Kraft irgendwo anders zu beschäftigen. So scheint man denn auf den Ausweg gekommen zu sein, ihm für einige Jahre einen Aufenthalt in Amerika zu ermöglichen. Schon vor längerer Zeit, zu Beginn der ostafrikanischen Bewegung, hat Dr. Peters öfters die Idee geäußert, nach Amerika zu gehen und dort „das Deutschthum auf die Beine zu bringen und neu zu beleben“. Jetzt scheint er die Ausführung dieses Planes wirklich ernsthaft ins Auge gefaßt zu haben.

So zweifelhaft der Erfolg seines Schrittes sein dürfte, so kann man doch, meint die „W.-Z.“, die Ausführung desselben nur wünschen. Deutschland würde damit wenigstens die Aufrichtung der colonialen Bewegung los, welche jetzt bereits Jahre lang eine ganz ungehörliche Aufmerksamkeit in Anspruch genommen und das Interesse für wichtigere Dinge beeinträchtigt hat.

Der Feuerversicherungsverband deutscher Fabriken.

an dessen Zustandekommen der Verband der chemischen Industrie und die chemische Berufsgenossenschaft seit einigen Jahren arbeiten, ist jetzt soweit gediehen, daß ein „Fachmann ersten Ranges“ als Director engagirt werden soll. Frühere Versuche in derselben Richtung sind sämtlich gescheitert. Die Begründer des neuen Verbandes haben sich aber dadurch nicht abschrecken lassen. Den Industriellen kann nur empfohlen werden, die Bedingungen sehr sorgfältig zu prüfen, bevor sie dem Verbands, welcher nunmehr wohl bald seine Thätigkeit eröffnen wird, beitreten.

Novelle zum Krankenkassengesetz.

Zu den ersten Vorlagen, mit welchen der Reichstag nach seinem Wiederauftritt sich zu beschäftigen haben wird, gehört die Novelle zum Krankenkassengesetz. Der betreffende Entwurf ist schon seit 1 1/2 Jahren in der Hauptsache ausgearbeitet, ohne indeß in Folge der parlamentarischen Geschäftslage zur Erledigung gelangen zu können. Die Vorlage selbst hat einige Abänderungen dadurch erfahren, daß einzelne Bestimmungen derselben durch das inzwischen erlassene Reichsgesetz betreffend die Alters- und Invaliditätsversicherung modificirt werden mußten. Ueberhaupt wird die Novelle ein besseres Uebereinstimmen der Kranken-, Unfall- und Invaliditäts- und Altersversicherung herbeiführen. Eingehende Vorschriften enthält, der „St.-Corr.“ zufolge, der Entwurf sowohl über das Hilfskassenwesen, über die Reconalescenz und wohl auch anderweitige Bestimmungen bezüglich der Berechnung des ortsüblichen Tagelohnes. Die Vorlage ist eine so umfangreiche und wird voraussichtlich so eingehende Debatten zur Folge haben, daß vor ihrer Erledigung eine von manchen Seiten für dringlich erachtete Revision des Unfallversicherungsgesetzes nicht wird der parlamentarischen Beschlußfassung unterbreitet werden können.

Der Schluß der internationalen criminalistischen

Bereinigung
hat in Bern gestern stattgefunden. In der Schlußsitzung wurde auf Antrag des Professors v. Dizi ein Ausschuss eingeseht, welcher im Laufe des Jahres einen Plan zur Herausgabe einer rechtsvergleichenden Darstellung des heute in Europa geltenden Strafrechts feststellen soll. Auf Antrag von Professor Prins-Brüssel wurde sodann beschlossen, daß die Vereinigung die Initiative ergreifen solle zur Gründung einer Holzhendorff-Stiftung, welche für das Strafrecht die gleiche Bedeutung hätte, wie die Bluntschli-Stiftung für das öffentliche Recht. Prins wurde beauftragt, im Namen der Vereinigung und in Verbindung mit Professor Rivier-Brüssel, sowie mit der permanenten Commission der Gesellschaft für Gefängniswesen die nöthigen Schritte zu thun. Hierauf wurde die Session durch den Bundespräsidenten Richonnet geschlossen. Die Mitglieder der Vereinigung unternahmen nach dem Schluß der Sitzung einen Ausflug nach dem Thuner See.

Der gegenwärtige Stand der Cholera

läßt sich nach den neuesten Telegrammen und sonstigen Berichten dahin zusammenfassen, daß, wenn ein gewisses Fortschreiten der Seuche auch festgestellt haben mag, dieselbe doch innerhalb so enger Grenzen vor sich geht, daß von einer ernststen Gefahr für den Gesundheitszustand Europas für jetzt und auch wohl für später nicht die Rede sein kann. Aus Spanien ist ein Nachlassen der Seuche gemeldet worden; in den nächstangrenzenden Ländern Portugal und Frankreich ist bis zur Stunde kein einziger Fall der asiatischen Cholera vorgekommen. Rußland, dessen Grenzen gegen Kleinasien dem mesopotamischen Choleraherd verhältnismäßig nahe liegen, ist laut amtlicher Erklärung der obersten Sanitätsbehörde ebenfalls

durchaus cholerafrei, insbesondere ist in Baku keine einzige Choleraerkrankung constatirt worden. Dasselbe gilt von Oesterreich-Ungarn und Italien. Letzterer Staat, welcher in Folge seiner Colonialpolitik in engeren Verkehr mit den Küstenländern des Rothen Meeres getreten ist, wohin durch aus Mekka heimkehrende Pilger die Seime der dort sehr bösartig auftretenden Seuche leicht verschleppt werden könnten, hat in voller Würdigung des Ernstes der Sachlage die Initiative zu internationalen Schutzmaßregeln am Rothen Meer ergriffen. In der That bietet die Weltverkehrsstraße des Suezkanals der Cholera ganz andere Ausbreitungschancen, als die hemmende Gebirgskette der Pyrenäen oder die weiten Steppen des cis- und transkaukasischen Rußland, welche sich schützend zwischen den mesopotamischen Ausstrahlungsherd und die europäischen Culturländer legen. Italien nimmt den gegen die Standquartiere der Cholera am weitesten südlich vorgeschobenen Posten ein und die etwaige Infiltration dieses Landes würde für das übrige Europa ungleich bedenklicher sein, als noch so schlimme Choleraberichte aus Spanien.

Die Affäre von Melilla.

Die Vorgänge in Melilla in Marokko haben in Madrid einiges Aufsehen erregt und beschäftigen noch lebhaft die politischen Kreise. Wie officiell festgestellt wurde, ergab sich der Zusammenstoß zwischen den spanischen Truppen und den Abhyanen in der That zufolge einer Verfügung des Oberleutnants Juan Munoz, nach welcher einige Mauren, welche ihre Schafherden auf verbotenen Gründen weiden ließen, vom Festungsgebiete in Melilla vertrieben werden sollten. Der Maure, dem dieser Befehl zunächst zuging, widersetzte sich thätlich, indem er mit seinem Gewehre auf den spanischen Soldaten ansetzte. Dieser entriß ihm indeß die Waffe und führte ihn vor den Abtheilungscommandanten Munoz, wo der Marokkaner ein Messer zog, um den Offizier anzugreifen. Dieser Ueberfall, bei welchem das Pferd des Offiziers einige Messerstiche davontrug, war das Signal zu einem allgemeinen Angriff der in Melilla zahlreich herbeigekommenen Mauren, welche den Soldaten namentlich den Rückzug über den Fluß abzuschneiden suchten. Die Truppe zog sich feuernd zurück, hatte indeß bei dem Scharmüel 8 Verwundete, darunter einen Corporal. Auch ein Civilist trug eine Verwundung davon. Die Zahl der Mauren war inzwischen so riesig angewachsen und sie rückten in so entschlossen feindseliger Haltung gegen die Festung vor, daß der Militär-Gouverneur derselben der Ansicht war, es handle sich um einen wohl vorbereiteten, ersten Angriff gegen die Spanier. Er traf sofort die nöthwendigen Bertheiligungsmaßregeln und das Disciplinar-Bataillon ging, unterstützt vom Artilleriefeuer aus dem Fort, gegen die rebellischen Massen vor, die denn auch bald zerstreut wurden.

Der spanische Gesandte in Tanger übergab zufolge dieser Vorfälle der marokkanischen Regierung eine Note, in welcher in entschiedener Weise Genugthuung verlangt wurde. Die Satisfaction soll bestehen: 1. In Ehrenbezeugungen vor der spanischen Flagge; 2. In einer Geldentschädigung; 3. In einer strengen Befragung der Schuldigen und 4. In einer genauen Erfüllung des Art. 6 des Friedensvertrages von 1860, um der Wiederholung ähnlicher Vorfälle vorzubeugen. Der marokkanische Minister des Aeußern zeigte sich bei Empfang dieser Note gegenüber den spanischen Wünschen sehr entgegenkommend. Er bedauerte lebhaft die peinlichen Vorfälle und gab die nöthigsten Zusicherungen, daß den erhobenen Forderungen Rechnung getragen werden wird. Die Angelegenheit dürfte demnach eine günstige Erledigung finden. Troßdem bringen die Zeitungen, namentlich die liberalen, darauf, daß die Regierung mit Entschiedenheit vorgehe und die gezeigten Maßregeln treffe, um die Wiederkehr ähnlicher Vorfälle, die kein Ende nehmen, hintanzuhalten. Man wünscht eine Verstärkung der Festungsbesatzung an der afrikanischen Küste, eine Entsendung weiterer Truppen in die dortigen Garnisonen, eine Erweiterung des Hafens von Ceuta, eine Verbesserung des Telegraphendienstes mit dem Mutterlande, die Entsendung eines zweiten Militär-Attachés u. s. w. Vorläufig läßt sich nicht sagen, ob und in welchem Maße die Regierung diesen Wünschen entsprechen wird.

Rebellion in Marokko.

Aus Madrid wird Londoner Blättern unterm 11. d. Mts. über neue blutige Kämpfe in Marokko berichtet. Zwölf Stämme schlossen eine Art von Trüpbündnis, empörten sich gegen den Sultan und bald kam es zwischen den Rebellen und einer von dem Gouverneur von Al Jasi befehligten kaiserlichen Armee zu einem Treffen. Die Rebellen, welche der Zahl nach bei weitem stärker als die Truppen waren, bewältigten den Widerstand der letzteren und steckten die mit Sturm genommene Citadelle in Brand. Die Streitkräfte des Sultans wurden vollständig zerstreut. Glücklicherweise war, wer entkam, denn die Gefangenen wurden hingschlehtet. Der Sohn des Gouverneurs, der verwundet in die Gewalt des Feindes fiel, wurde auf gräßliche Weise zu Tode gemartert. Stücke seines Fleisches wurden ihm von Zeit zu Zeit abgeschnitten und geröstet. Die Rebellen zwangen ihn dann, sein eigenes Fleisch zu essen. Als das arme Geschöpf fast todt war, schnitten sie ihm den Kopf ab und trugen denselben im ganzen District als Trophäe des Sieges und der Rache herum. Dieser Sieg öffnete den Weg für die Einnahme einer anderen Citadelle und nun belagern die Rebellen Gefro. Der Sultan zieht ihnen mit einem großen Heere

entgegen, aber da sie mehrere vorteilhafte Stellungen inne haben, sowie auch Waffen und Munition vollauf besitzen, wird ihre Unterwerfung eine sehr schwierige Aufgabe sein.

Die Folgen der Ausstände in Chile.

Aus Chile gekommenen Nachrichten zufolge haben die in den nördlichen Provinzen, den Produktionscentren des Salpeters, und die wenige Tage später in Valparaiso, dem Haupthafen der Republik, stattgehabten Ausstände weder den Schaden verursacht, noch die Ausbeutung gewonnen, welche man nach den ersten Kabeltelegrammen voraussetzen konnte. Durch die von den Behörden ergriffenen energischen Maßnahmen ist die Ordnung vollständig wieder hergestellt. Die auf den zahlreichen im Bau begriffenen Eisenbahnen des Landes betriebenen Arbeiten werden mit großer Thätigkeit fortgesetzt.

„Europa in Gefahr.“

Das Pariser Blatt „Paix“ bringt einen „Europa in Gefahr“ überschriebenen Artikel, in welchem darauf hingewiesen wird, daß die europäischen Mächte sich durch die unausgesetzten Kriegsrüstungen ruinieren und dabei ganz und gar die Gefahr übersehen, welche ihnen von einem Lande droht, das seinen ungeheuren Reichtum praktischer verwendet, als der alte Welttheil. Die Vereinigten Staaten Nordamerikas sind es, welche Europa auf volkswirtschaftlichem Gebiete zu Boden werfen werden. „Das ist der Gegner, mit dem man sich sofort messen muß, wenn man den Zusammenbruch verzögern will. Das ist der gemeinsame Gegner, wider den man sofort die gemeinsame Vertheidigung ins Werk setzen muß, wenn die alten Völker nicht bald vor ihm capitulieren und nicht der unüberwindlichen Verschiebung des Einflusses und der Macht in der Welt beipflichten wollen. Er führt keinen Krieg um einige Zoll Landes oder irgend welche Steinhäufen, die zu Festungen aufgebaut sind, nicht einmal um die Ehre der Fahne, also noch weniger aus politischem Machiavellismus oder mythischer Sympathie. Er führt ihn nicht einmal mit den Waffen — für den Augenblick wenigstens. Er greift nicht die Völker an, sondern das, was sie leben läßt. Er geht sehr behutsam und ohne Lärm in der niedrigsten Domäne zu Werke. Er arbeitet in den Zöllen. Indem wir Europäer die stärkste Augen suchen, um uns besser und aus größerer Entfernung zu vernichten, legt er auf uns alle an und trifft uns alle im Herzen durch eine Handelsbill, welche ganz einfach in der Praxis die europäische Ausfuhr verbietet. ... Schon hat die Eponeur Fabrik einen Schmerzensschrei ausgestoßen, den die ganze Welt vernommen hat, und schon sehen die Führer des großen Pariser Handels den Augenblick voraus, da die Fabrikanten gezwungen sein werden, ihre Werkstätten zu schließen.

Die amerikanische Union hat einen Plan, der in Wahrheit höchst einfach ist: sie verschließt vorerst den amerikanischen Markt, und wenn sie mit ihren riesigen Reichtümern ihre Industrie genügend entwickelt haben wird, um allen Bedürfnissen zu genügen, dann wird sie den gesammten Weltmarkt nehmen. Sie wird Freihändlerin werden, um nach allen Plätzen der Welt frei gelangen zu können an dem Tage, da sie nicht mehr von der fremden Konkurrenz zu fürchten haben wird. Das ist das Programm! Da liegt die Gefahr! Wenn Europa nicht ganz verrückt ist, muß Europa sich für gewarnt ansehen und die Maßregeln des gemeinsamen Heils treffen. Es ist hohe Zeit!“ — Es ist nicht zu leugnen, daß dieser Schmerzensschrei manches Wahre enthält.

Deutschland.

* Berlin, 14. August. Wie man der „Magdeb. Ztg.“ mittheilt, sind endgültige Bestimmungen über die Vermählung der zweiten Schwester des Kaisers, der Prinzessin Victoria von Preußen, mit dem Prinzen Adolf zu Schaumburg-Elpe noch nicht getroffen. Es gelte aber für sehr unwahrscheinlich, was von einigen Blättern gemeldet war, daß die Vermählung in England stattfinden solle, da dies den hiesigen Gebräuchen widerspreche. Die Vermählung dürfte, wenn nicht hier oder in Potsdam, in Homburg v. d. H. erfolgen.

* [Kaiser Wilhelm.] hat einer Meldung aus London zufolge eine Einladung der Königin angenommen, im Juni 1891 London zu besuchen und im Buckinghampalast 8 Tage zu wohnen.

* [Der Kaiser und die Helgoländer Fischer.] Der Kaiser hat sich bei seinem Aufenthalt auf Helgoland eingehend nach den Erwerbsverhältnissen der Helgoländer Fischer, nach der Art der Fahrzeuge, Fanggeräte u. s. w. erkundigt und angefragt, ob sie mit den Fischdampfern concurriren könnten. Die Fischer verneinten nach dem „A. L.“ diese Frage und bemerkten, daß die Fischer mit Segelfahrzeugen nie so früh und so frisch auf den Markt gebracht werden könnten, wie die mit den Dampfern verfahrenen; aber zur Anschaffung von solchen hätten die Helgoländer leider kein Geld. Darauf soll der Kaiser zum Minister v. Bötticher gesagt haben: „Nun, dann scheint mir eine Fischerei-Productiv-Genossenschaft auf Helgoland am Platze zu sein, und Sie müssen die Mittel dazu beim Landtage flüssig zu machen suchen.“ Darüber herrscht nun große Freude auf Helgoland.

* [Der Geburtstag des Prinzen Heinrich.] geb. 1862, wird heute am königlichen Hofe gefeiert. Das Schloß und die kaiserlichen und prinzipalischen Palais haben geflaggt.

* [Capriotti Reife nach Wien.] Die von verschiedenen Seiten erfolgende Meldung, der Reichskanzler General v. Capriotti werde sofort nach seiner Rückkehr Wien besuchen, wird von der „A. L.“ als sehr unwahrscheinlich bezeichnet, weil bekanntlich Herr v. Capriotti sehr bald nach der russischen Reise bei den Manövern in Schlesien mit den politisch maßgebenden Persönlichkeiten Oesterreichs zusammentrifft.

* [Dem Minister Herrfurth.] ist vom Kaiser die Erlaubnis zur Anlegung des ihm von dem Kaiser von Japan verliehenen Großkreuzes des Verdienst-Ordens der aufgehenden Sonne erteilt worden.

* [Verdy.] Die „St. Corr.“ schreibt: In gut unterrichteten Kreisen nimmt man an, daß Kriegsminister Verdy du Vernois zum 1. Oktober d. J. seinen Abschied nehmen werde.

* [Zum Fall Morris de Jonge.] wird der „Gauleter“ gemeldet: „Der Polizeipräsident v. Richthofen hat wider Dr. jur. Morris de Jonge und Herrn v. Hammerstein — die „Areuztg.“, deren Chefredacteur Herr v. Hammerstein ist, hatte die Beschuldigungen des Herrn de Jonge

gegen die Berliner Polizei zuerst unverkürzt wiedergegeben — den Strafantrag wegen Beleidigung gestellt, und hat in Alt-Moabit bereits die verantwortliche Vernehmung des Ersten stattgefunden. Da Herr v. Hammerstein gegenwärtig in Aßlingen weilt, wird dessen Vernehmung erst nach seiner Rückkehr erfolgen. Danach gewinnt es fast den Anschein, als liege dem königlichen Polizeipräsidenten hauptsächlich daran, den ganzen Sachverhalt und die Verantwortlichkeit der beteiligten Personen durch gerichtliche Verhandlung klarzustellen. Ein Antrag vom Phyfikus Dr. Abraham Baer ist nicht gestellt worden. Dagegen hat Dr. de Jonge wider Dr. Baer, Dr. Auerbach und Dr. Jastrowitz (wie bereits früher mitgeteilt) Strafanzeige erstattet.“

* [Missionare für Kamerun.] Nach einem der „Nat.-Ztg.“ aus Hamburg zugekommenen Privattelegramm gehen in den nächsten Tagen die ersten katholischen Missionare nach Kamerun ab.

* [Ueber das Befinden des Afrikareisenden Hauptmann Rund.] entnehmen wir dem „Rhein. Cour.“ Folgendes: Herr Hauptmann Rund leidet an den Folgen eines Schlaganfalls, den er in Afrika erlitten hat. Durch die Zerstörung eines Theiles der Rindensubstanz des Gehirns trat eine Lähmung der rechten Körperhälfte und Verlust der Sprache ein. Die Lähmung besserte sich schnell unter geeigneter Behandlung und war, als Rund nach der Diätenmühle (Wiesbaden) kam, fast vollständig beseitigt, dagegen bestand die Sprachstörung (Aphasie) noch in derartigem Maße, daß er damals nur wenige Worte sprechen konnte. Das Schreiben und Lesevermögen war gestört, dabei aber das Verständnis für gesprochene Worte vorhanden. In der Zeit, die Rund auf der Diätenmühle verlebte, ist nun diese Störung theilweise gehoben. Er hat gelernt, sich einigermaßen verständlich zu machen, und kann eine Menge Worte jetzt sprechen, doch fehlt noch viel zu völliger Wiederherstellung; indessen ist das Beste zu hoffen. Vorläufig, das heißt für die nächsten Monate, ist freilich an eine Reise nach Afrika nicht zu denken. Rund selbst hat bei vorübergehendem Allgemeinbefinden den sehnlichen Wunsch, nach Afrika zurückzukehren, sobald er wieder vollständig sprechen kann.

* [Die Entschädigung des Sultans von Zanzibar.] Der Reichscommissar v. Wilmann hatte sich einem Redacteur des „Hann. Cour.“ gegenüber dahin ausgesprochen, daß er die bare Herauszahlung von einer halben oder höchstens einer ganzen Million Mark an den Sultan von Zanzibar für eine völlig ausreichende Entschädigung für den deutsch-afrikanischen Küstenstreich halte. Jetzt läßt Herr v. Wilmann diese Bemerkung einschränken, da dieselbe allzu wörtlich aufgefaßt sei und mit seiner thatsächlichen Ansicht in Widerspruch stehe. Er habe betonen wollen, daß er die (vom Sultan als Entschädigung geforderte) Summe von 8 Millionen Rupies für zu hoch halte und annehme, daß man dem Sultan eine Gegenrechnung stellen werde für die Unkosten, die uns erwachsen sind, weil der Sultan seinen Verpflichtungen der deutsch-afrikanischen Gesellschaft gegenüber nicht nachkam. Der oben genannten Summe von einer oder einer halben Million Mark hat Herr v. Wilmann nur Erwähnung zur Veranschaulichung der pecuniären Verhältnisse des Sultans, und nicht direct bezüglich auf die Entschädigungssumme.

* [Hanseatische Versicherungsanstalt.] Bekanntlich werden die drei freien Hansestädte zur Durchführung der Invaliditäts- und Altersversicherung eine „Hanseatische“ Versicherungsanstalt gründen. Als Sitz der Anstalt ist Lübeck bestimmt.

* [Erhebungen über das Arbeiterschutzgesetz.] Ueber den Gehetentwurf betreffend die Abänderung der Gewerbeordnung (Arbeiterschutzgesetz) sind im ganzen Reiche seitens der Landescentralstellen Erhebungen angestellt worden. So ist auch die Gewerbe-Deputation des Berliner Magistrats im Auftrage des Handelsministers vom Polizeipräsidenten um eine Äußerung über zahlreiche das Arbeiterschutzgesetz betreffende Fragen ersucht worden. Die Gewerbe-Deputation hat beschloffen, eine Enquete zu veranstalten, und hat die betreffenden Fragen in tausend Exemplaren an die Vorstände der Innungen, Krankenkassen, Gewerksvereine, Fachvereine, sowie an größere Gewerbetreibende zur Äußerung überliefert. Wegen der der Gewerbe-Deputation gestellten kurzen Frist müssen die Äußerungen innerhalb zehn Tagen eingehen.

* [Die Bochumer Steuerverhältnisse.] In ihrer Bedeutung der Bochumer Steuerverhältnisse ist die „Westfälische Volkszeitung“ nun bei der Besteuerung der Actiengesellschaften angelangt. Wir entnehmen den Ausführungen folgende Angaben, für die das Blatt ja auch gerichtlich einstehen will. Die sämtlichen Actiengesellschaften Bochums sind zum Einheitsatz von 41 500 Mark (singulärer Staatssteuer) veranlagt. Das giebt in Bochum für Communalsteuern einen Satz von 88 644 Mk. Die weitaus bedeutendste Actiengesellschaft im Weltbild der Stadt Bochum und zugleich diejenige, über deren Jahreseinnahme nicht der geringste Zweifel obwalten kann, da ja die Bilanzen veröffentlicht werden, ist der „Bochumer Verein für Bergbau und Gußstahlfabrikation“. Nach dem vorliegenden Jahresabschlusse für das Geschäftsjahr 1888/89 hat das Werk damals einen Bruttoüberschuß von 2 945 850,11 Mk. und einen Reingewinn von 2 133 918,00 Mk. erzielt. Die letztere Summe als Grundlage der Besteuerung genommen, würde eine staatliche Einkommensteuer von 84 800 Mk., eine Communalsteuer von 162 000 Mk. ergeben. Thatsächlich bezahlen aber sämtliche juristische Personen zusammen nur 88 644 Mk. Communalsteuer. Angenommen, daß 20—30 000 Mk. an Communalsteuern in fremden Gemeinden für Bergwerksbesitz des Bochumer Vereins abgehen, so bezahlt dieser 90—100 000 Mk. unter der richtigen Veranlagung. Demgegenüber constatirt die „Westf. Volksztg.“, daß nicht weniger als 2709 Personen mit einem Jahreseinkommen von 420—660 Mk. und 5695 Personen mit einem Einkommen von 660—900 Mk. zu den städtischen Lasten 101 513 Mk. beitragen müssen. Unter diesen Verhältnissen läßt die „Westf. Volksztg.“ für Befreiung der ersten und zweiten Klassensteuersätze von den städtischen Abgaben

* [Landwirtschaftliche Versicherung.] Eine preussische Regierung stellt zur Zeit Erhebungen darüber an, in welchem Umfange und in welcher Weise die ländliche Bevölkerung des Bezirks ihre Habe gegen Hagelschaden und Viehsterben versichert hat und welche Schritte zur Herbeiführung einer ausgedehnten Versicherung geboten seien.

* [Die Lanzen bei der Cavallerie.] Gelegentlich der Parade hat, wie wir nachträglich noch erfahren, der Kaiser sich zu seiner Umgebung besonders anerkennend über die Führung der Lanzen seitens der Cavallerie ausgesprochen. Während eine bedeutend längere Zeit für die Einübung mit denselben in Aussicht genommen war, sind bereits jetzt sämtliche Cavallerie-Regimenter ganz und gar mit der Lanze verwarden. Was die geplante Einführung der eisernen Lanzen betrifft, so soll dieselbe erst erfolgen, nachdem die jetzt in Gebrauch befindlichen hölzernen Lanzen aufgebraucht sind.

Breslau, 13. August. Der Ausschuss der Breslauer Studentenschaft hatte an das Hofmarschallamt die Anfrage gerichtet, ob dem Kaiser während des Aufenthalts in Breslau eine Aufsicht der Breslauer Studentenschaft genehm sein würde. Darauf ist nun bei dem Vorsitzenden des Ferienauschusses die Antwort eingetroffen, daß der Kaiser mit Rücksicht auf die beschränkte Zeit bedauert, von der Entgegennahme der Aufsicht Abstand nehmen zu müssen.

Eisenach, 14. August. Der Großherzog ist nach Scheveningen abgereist und nimmt heute in Kassel Aufenthalt, um seine das dortige Gymnasium besuchenden Enkel zu begrüßen.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 14. August. Der Marine-Commandant, Admiral Frhr. v. Sternneck, ist gestern Abend nach Kopenhagen abgereist. (W. L.)

Wien, 14. August. Das officiöse „Fremdenblatt“ drückt seine Befriedigung aus über die Niederlage Barylais bei der am Sonntag in Rom stattgehabten Deputiertenwahl. Die Niederlage, die trotz der größten Anstrengungen der Irredentisten stattgefunden habe, bedeute einen großen Erfolg der Regierung, welche die Friedenspolitik des Dreibundes verfolge, und beweise, daß die Majorität der Bevölkerung Italiens den irredentistischen Bestrebungen fernstehe und sich mit den Friedensbestrebungen der Regierung identifizierte.

Wien, 14. August. Der König von Rumänien und der Thronfolger Prinz Ferdinand sind hier eingetroffen. Ein officieller Empfang unterblieb auf ausdrücklichen Wunsch des Königs. (W. L.)

England.

AC. London, 13. August. [Justizmord.] Der Leichenbeschauer für Cheshire, Mr. Churton, empfing gestern einen Brief von einem Geistlichen in New Orleans, worin derselbe mittheilt, ein Mann habe ihm das Geständnis abgelegt, daß er im Jahre 1857 einen Wildhüter Lord Tollemaches ermordet habe, für welches Verbrechen zur Zeit ein Wilddieb Namens Blagg hingerichtet worden sei, und zwar wären die Fußtapfen seiner Stiefel der hauptsächlichste Schuldbeweis gegen ihn gewesen. Blagg habe im Verlaufe der Schmutzgerichtsverhandlung eingeräumt, daß die Stiefel ihm gehörten, aber daß er sie nicht getragen habe. Der Mann, der das Geständnis ablegte, sagte, er hätte sich Blaggs Stiefel in der Nacht, in welcher der Mord stattfand, geborgt.

Cardiff, 14. August. Der Ausstand der Eisenbahnbediensteten ist durch einen Ausgleich mit der Bahngesellschaft beendet. (W. L.)

Rußland.

Petersburg, 14. August. Der Kaiser und die Kaiserin werden am Sonntag, den 17. d. M., in Narwa eintreffen und den Kaiser Wilhelm dort empfangen. Die Stadtbehörden werden nach der üblichen Ueberreichung von Salz und Brod der Kaiserin einen goldenen Blumenkranz darbringen, dessen Blüten mit Edelsteinen geziert sind.

Die aus dem kaiserlichen Marstall in Berlin für den Kaiser eingetrossenen Pferde gehen morgen früh nach Narwa weiter. (W. L.)

Von der Marine.

Wilhelmshaven, 13. August. Wie bereits telegraphisch gemeldet wurde, traf der österreichische Rammkreuzer „Kaiser Franz Josef I.“ heute Morgen auf der hiesigen Rade ein und salutirte die auf dem Fort Heppens gehisste deutsche Flagge. Der Salut wurde von der Salubatterie auf dem Daunsfelder Deich erwidert. Hierauf hießte der „Kaiser Franz Josef I.“ die deutsche Flagge, die auf der Rade liegende Corvette „Victoria“ (3.3. Stationswacht) die österreichische Kriegsflagge unter gegenseitigem Austausch des üblichen Saluts. Als bald begab sich der Stationschef, Viceadmiral Paschen, an Bord des „Kaiser Franz Josef I.“ und stattete dem Commandanten des Schiffes, Cinienschiffscapitän Erzhzog Karl Stephan, einen Besuch ab. Erzhzog Stephan erwiderte den Besuch heute Mittag im Stationschefgebäude.

Am 16. August: Danzig, 15. Aug. Dr. A. b. Zage, G.-A. 4.40. u. 7.27. M.-L. 8.9. Wetterausichten für Sonnabend, 16. August, auf Grund der Berichte der deutschen Gewarte, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolzig, angenehm, mäßig warm. Stellenweise etwas Regen.

Für Sonntag, 17. August:

Angenehm, wolzig; theils heiter, meist trocken.

Für Montag, 18. August:

Mäßig heiter, mäßig warm; wolzig, stellenweise wenig Regen.

Für Dienstag, 19. August:

Meist heiter, angenehm; wolzig, stellenweise etwas Regen.

[Ueber den Besuch des Kaisers in Ostpreußen.] kann heute die „Ostpr. Ztg.“ folgende nähere Mittheilung machen: Der Kaiser — und wahrscheinlich in seiner Begleitung Prinz Heinrich — wird am 23. August Kronstadt auf der „Hohenpollern“ verlassen und am 25. August in Memel landen. Dort ist ein Aufenthalt von einigen Stunden, Besichtigung der Stadt u. s. w. in Aussicht genommen. Von hier begiebt sich der Kaiser noch an demselben Tage in das Manöverterrain in Masuren, um den großen Truppenübungen des 1. Armeecorps beizuwohnen. Es ist wahrscheinlich, daß der Kaiser auf Schloß Steinort bei Frau Grafin Lehnendorff kurzen Aufenthalt nehmen wird. Am 27. August gedenkt der Kaiser auf der Fahrt von Köhnen nach Pillau Königsberg zu berühren. Nach den bis jetzt getroffenen Bestimmungen ist jedoch ein Empfang und ein Aufenthalt in unserer Stadt ausgeschlossen. Von Pillau erfolgt die Weiterreise nach Kiel zur See.

* [Zur Oberbürgermeister-Wahl.] In der gestrigen vertraulichen Stadtverordneten-Versammlung fand die Verhandlung über die seitens des betreffenden Ausschusses für die Besetzung des hiesigen Oberbürgermeisterpostens in Betracht gezogenen 9 Persönlichkeiten zum Abschluß gekommen und es wird nunmehr in einer am morgen Nachmittag anberaumten Sitzung der Ausschuss über die von ihm dem

Plenum zu empfehlende Candidatur oder Candidaturen Beschluß fassen. — Bei dieser Gelegenheit sei noch bemerkt, daß in der neulich von uns erwähnten vorläufigen Candidatenliste die Reihenfolge, wie leicht ersichtlich, lediglich durch das Alphabet gegeben war.

* [Flottenbesuch.] Die Schiffsjungen-Schulschiffe „Eulie“ (Commandant Corvetten-Capitän Freiherr v. Erhardt) und „Aeneas“ (Commandant Corvetten-Capitän Gruner) sind am 14. August von Stockholm, und zwar erstens nach Swinemünde und letzteres nach Neufahrwasser in See gegangen. Auf unsere Rade kommt im Laufe dieses Monats auch noch die Segelfregatte „Niobe“. Ob das Manövergeschwader in diesem Sommer noch einmal, wie es anfangs beabsichtigt war, auf der hiesigen Rade erscheinen wird, ist neuerdings sehr zweifelhaft geworden. In Aussicht genommen war bekanntlich ein Aufenthalt in der Danziger Bucht für die Tage vom 5. bis 18. August. Die Begleitung des Kaisers nach Belgien und die Mitwirkung des Geschwaders bei der Uebernahme Helgolands haben das Aufgeben dieser Disposition erheischt. Sollte ein wiederholter Besuch der Danziger Bucht noch auf dem Programm stehen, so würde er nur in nächster Woche, unmittelbar vor Beginn der großen Manöver an der schleswig-holsteinischen Küste, erwartet werden können.

* [Dritter deutscher Fischereitag.] Seitdem im letzten Jahrzehnt einsichtige Männer den Werth, den die Förderung der Fischerei in allen ihren Zweigen für die Volkswirtschaft hat, wohl erkannt haben, zeigt sich auf diesem Gebiete überall im preussischen Staate wie im deutschen Reich ein emsiges Rühren und Regem. Die Centralstelle für diese Bestrebungen ist der deutsche Fischerei-Verein in Berlin, der mit großer Regelmäßigkeit für die Hebung der Fischerei wirkt. Um diese Bestrebungen in immer weitere Kreise zu tragen, erläßt der deutsche Fischerei-Verein von Zeit zu Zeit Einladungen zu größeren Versammlungen — Fischereitagen — an alle diejenigen, die für die Fischerei ein praktisches Interesse haben oder auch sich für die Pflege derselben aus Gemeinwohl interessieren. So wurde vor ca. 3 Jahren in Freiburg in Schlesien und vor etwa 6 Jahren in München ein derartiger Fischereitag einberufen, und es ist für dieses Jahr für den dritten Fischereitag unsere Stadt Danzig als Ort gewählt worden. Derselbe wird, wie schon mehrfach erwähnt, am 21. August, Nachmittags 3 Uhr, im Renier des Franziskanerklosters eröffnet werden. Aus allen deutschen Gauen haben hervorragende Fischzüchter ihre Beteiligungen angemeldet. Auch von Gästen aus dem Auslande, aus Dänemark und Schweden, aus Ungarn und Galizien sind Vorträge angemeldet. Das ungarische Ministerium für Ackerbau entsendet in der Person des Herrn Landgraf-Budapest einen eigenen Vertreter zu dem Fischereitage. Auch die Mitglieder unseres westpreussischen Fischerei-Vereins sind zu reger Btheiligung an diesem Fischereitage eingeladen. Den Sitzungen des Fischereitages gehen geschlossene Sitzungen der Fischzüchter-Conferenz im Landeshause am 20. und 21. voraus. Auch der westpreussische Fischereiverein wird durch ein von dem Vorstande delegirtes Mitglied in diesen Sitzungen vertreten sein. Durch Veranstaltung zwangloser Zusammenkünfte im Schützenhause und auf der Westerplatte wird am Abende des 19. und 20. August den Mitgliedern dieser Konferenz (sämmlich Cornphäen auf dem Gebiete des Fischereiwesens) Gelegenheit geboten werden, mit unserem Danzig bekannt und hoffentlich vertraut zu werden, wie denn auch die zahlreichen Mitglieder des westpreussischen Fischerei-Vereins hier schon Gelegenheit haben werden, in zwanglosem gemeinschaftlichen Beisammensein die auswärtigen Gäste des Fischerei-Vereins kennen zu lernen.

* [Besteuerung von Geschäftsverlusten.] In Betreff der gestern angeführten auffälligen Mittheilung, welche dem „Geselligen“ von hier über die angebliche Besteuerung eines Geschäftsverlustes von 2000 Mk. gemacht worden ist, erhielten wir heute bereits die gewünschte Aufklärung. Danach hat die Mittheilung allerdings einen thatsächlichen Anhalt, bei dem aber nicht ein Geschäftsverlust von 2000 Mk., sondern eine um diesen Betrag zu hoch bemessene Einschätzung und bei dieser eine als Verlust gebuchte, weil uneinziehbare Summe von 410 Mk. freitragt. Der Bücherrevisor hat ein Einkommen von 4030 Mk. festgestellt (jene 410 Mk. inbegriffen), gleichwohl sind beide Geschäftsinhaber mit einem Einkommen von je 3000—3600 Mk. zur Steuer veranlagt. Unrichtig ist die Angabe, daß das Bezirksgericht (der Bezirksauschuss) entschieden habe, daß Geschäftsverluste ebenfalls als Einnahme gelten und deshalb auch zur Steuer herangezogen werden müssen. Der Bezirks-Ausschuss hat in der Sache noch gar nicht entschieden. Der Termin zur Entscheidung ist vielmehr auf den 6. September anberaumt.

* [Gewitter.] Bei dem heftigen Gewitter, welches sich gestern Abend über unserer Stadt und Umgebung entlud, wurden hier, in Oliva und Joppot Blüschläge in großer Zahl beobachtet. Wie es scheint, ist jedoch nirgend größerer Schaden angerichtet. Auf der Höhe will man dagegen während des Gewitters mehrere Brände wahrgenommen haben.

* [Fremde Missionare.] In der St. Nikolai-Kirche celebriren heute die Messe der Herr Pater Kaver Geiger, apostolischer Missionar in Centralafrika, und sein Zögling der Negerpriester Daniel Sorür Phariam Den. Der junge Negerpriester, eine stattliche, schlanke Erscheinung mit dunkelbrüchigen Gesichtszügen, die in keiner Weise an den üblichen Negertypus erinnern, bewegte sich heute in unseren Straßen in der prästerlichen Kleidung, wie sie im Süden allgemein üblich ist.

* [Unfall.] Der Arbeiter Franz S. aus Seilgebirgen führte gestern Nachmittag auf dem Schiff Christine von der Stelage in den Schiffsraum hinunter und erlitt einen Bruch des linken Oberschenkels, des linken Unterarms, eine Quetschwunde an der Stirn, sowie eine Quetschung des rechten Unterarms. Der Schwerverletzte wurde per Wagen nach dem Stadt-Lazareth in der Sandgrube geschafft.

* [Ein Rundgang auf der kaiserlichen Werft.] Mitglieder des Gewerbevereins mit ihren Damen versammelten sich gestern Nachmittag in der Anzahl von ca. 100 Personen im Irgarten und begaben sich von dort aus gemeinschaftlich nach der kaiserlichen Werft, um eine Besichtigung derselben vorzunehmen. Zunächst wurde das Feuerlöschdepot in Augenschein genommen. Neben anderen Lösch- und Rettungsutensilien erregten namentlich die beiden Dampfpumpen allgemeines Interesse, die ältere, englische Construction, hat mehrere Male bei großen Bränden in der Stadt ihre gute Wirkung gezeigt. Ihr ist vor etwa 3 Jahren eine Spritze neuerer Construction, die in Berlin erbaut ist, hinzugefügt. Diese ist mit einer Gasanordnung versehen, wodurch die Spritze bereits in 4 Minuten unter Dampf

Bermischte Nachrichten.

* [Helgoländer Briefmarken.] Obgleich in den letzten Tagen bis zur Uebergabe der Insel Helgoland

